



Geldvermögen wächst auf 9,8 Billionen Euro – ärmere Hälfte verliert real

Dirk Stein

Deutschlands private Haushalte verfügen über ein Geldvermögen von 9,831 Billionen Euro, 335 Milliarden Euro mehr als noch drei Monate zuvor. Allerdings beruht der größte Teil dieses Zuwachses auf steigenden Bewertungen an den Finanzmärkten. Wer Aktien und Investmentfonds besitzt, profitiert davon besonders. Die vermögensärmere Hälfte der Bevölkerung verliert dagegen weiterhin an Kaufkraft, wie die aktuellen Zahlen der Deutschen Bundesbank zeigen.

258 Milliarden Euro Vermögenszuwachs ohne zusätzliche Ersparnisse

Deutschland ist im zweiten Quartal 2026 auf dem Papier um 335 Milliarden Euro reicher geworden, jedenfalls soweit es um das Geldvermögen seiner privaten Haushalte geht. Dass sich dieser Zuwachs nicht gleichmäßig auf die Bevölkerung verteilt, liegt allerdings weniger an unterschiedlichen Sparleistungen als an der Frage, in welcher Form die Menschen ihr Vermögen halten.

Nach Angaben der Deutschen Bundesbank erreichte das Geldvermögen zum Ende des zweiten Quartals 9,831 Billionen Euro. Davon entfielen 258 Milliarden Euro des Zuwachses auf positive Bewertungseffekte, während die Haushalte tatsächlich zusätzliche finanzielle Forderungen im Umfang von 77 Milliarden Euro aufbauten. Rund 77 Prozent

des Anstiegs entstanden damit durch höhere Bewertungen bereits vorhandener Vermögenswerte und nicht durch neu zurückgelegtes Geld.

Allein Aktien und andere kapitalmarktnahe Anlagen verzeichneten Bewertungsgewinne von 202 Milliarden Euro. Weitere 48 Milliarden Euro entfielen auf Versicherungs- und Pensionsansprüche, wobei deren Bewertung auch durch Veränderungen des Zinsumfelds beeinflusst wird.

Die Inflation trifft nicht alle Vermögen gleichermaßen

Wie unterschiedlich sich diese Entwicklung auswirkt, zeigt die Bundesbank anhand ihrer verteilungsbasierten Vermögensbilanz, die Haushalte nach ihrem Nettovermögen unterscheidet und dabei neben Finanzanlagen auch Immobilien, Betriebsvermögen und Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Während insbesondere die vermögendsten zehn Prozent von steigenden Aktienkursen und höheren Bewertungen ihrer Investmentfonds profitierten, erzielte die vermögensärmere Hälfte trotz einer Verbesserung gegenüber dem Vorquartal weiterhin eine negative reale Rendite von rund 0,7 Prozent.

Die Ursache liegt in der Zusammensetzung der Vermögen. Haushalte mit geringeren finanziellen Mitteln halten ihre Ersparnisse überwiegend auf Bankkonten oder in Versicherungsansprüchen, während wohlhabendere Haushalte wesentlich stärker am Kapitalmarkt investiert sind. Steigen die Aktienkurse, erhöht sich deshalb vor allem der Wert jener Vermögen, die bereits in entsprechenden Anlagen gebunden sind.

Bei Einlagen und vielen Versicherungsansprüchen fällt die laufende Verzinsung dagegen häufig geringer aus als die allgemeine Preissteigerung. Das vorhandene Geld bleibt nominal erhalten oder wächst sogar leicht, seine Kaufkraft kann dennoch sinken.

Über alle Haushalte hinweg erreichte die aggregierte reale Gesamtrendite des Geldvermögens auf Jahressicht im zweiten Quartal rund 3,2 Prozent. Dieser Durchschnitt sagt allerdings wenig darüber aus, welche Rendite ein einzelner Haushalt tatsächlich erzielt hat.

Wenn Sicherheit zur Kaufkraftfrage wird

Für die private Altersvorsorge ergibt sich daraus ein grundlegender Widerspruch. Wer finanzielle Risiken vermeiden möchte, entscheidet sich häufig für Einlagen, klassische Versicherungsprodukte oder andere Anlagen mit möglichst hoher Planungssicherheit. Damit lassen sich nominale Wertschwankungen begrenzen, nicht aber zwangsläufig die Folgen der Inflation.

Eine garantierte Auszahlung sagt zunächst nur etwas darüber aus, welcher Geldbetrag künftig zur Verfügung steht. Welchen Lebensstandard sich damit finanzieren lässt, hängt dagegen von der Preisentwicklung während der Ansparphase und im Ruhestand ab.

Das bedeutet allerdings nicht, dass kapitalmarktorientierte Vorsorge grundsätzlich überlegen wäre. Aktien und Investmentfonds unterliegen Kursschwankungen, und die Bewertungsgewinne eines einzelnen Quartals können durch spätere Verluste wieder aufgezehrt werden. Bereits im ersten Quartal 2026 hatte die Bundesbank erhebliche negative Bewertungseffekte festgestellt.

Entscheidend ist vielmehr, dass unterschiedliche Anlageformen unterschiedliche Risiken absichern. Während Einlagen vor allem Liquidität und nominale Stabilität bieten, eröffnen breit gestreute Kapitalmarktanlagen langfristige Renditechancen, ohne diese garantieren zu können.

Für Versicherungsvermittler und Finanzberater gewinnt damit die Unterscheidung zwischen nominaler Sicherheit und realem Vermögenserhalt an Bedeutung. Eine Altersvorsorge kann ihre vertraglichen Garantien vollständig erfüllen und dennoch hinter der Kaufkraftentwicklung zurückbleiben.

Die Deutschen sparen weiter – und investieren zunehmend in Fonds

Dass sich das Anlageverhalten allmählich verändert, zeigen die aktuellen Zahlen ebenfalls. Von den 77 Milliarden Euro neu aufgebauten finanziellen Forderungen floss etwa ein Drittel in Bargeld und Sichteinlagen. Gleichzeitig erhöhten die privaten Haushalte ihre Bestände an Investmentfondsanteilen um 33 Milliarden Euro. Schuldverschreibungen wurden per saldo im Umfang von sieben Milliarden Euro erworben.

Auch Termin- und Spareinlagen verzeichneten Zuflüsse, obwohl insbesondere klassische Sparprodukte in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren hatten.

Die Bundesbankdaten beschreiben damit keine einfache Abkehr vom sicherheitsorientierten Sparen, sondern eine Vermögensbildung, in der liquide Rücklagen und Kapitalmarktinvestitionen nebeneinanderstehen. Welche Möglichkeiten ein Haushalt dabei tatsächlich hat, hängt nicht zuletzt davon ab, wie viel Geld nach den laufenden Lebenshaltungskosten überhaupt für langfristige Anlagen übrig bleibt.

Vermögenswachstum ist noch keine gleichmäßige Wohlfahrtsentwicklung

Das Nettogeldvermögen der privaten Haushalte, also das Geldvermögen abzüglich ihrer finanziellen Verbindlichkeiten, stieg im zweiten Quartal auf 7,639 Billionen Euro. Gleichzeitig erhöhten sich die Verbindlichkeiten auf 2,192 Billionen Euro.

Die Zahlen belegen damit einen erheblichen Vermögenszuwachs auf gesamtwirtschaftlicher Ebene, lassen aber keinen entsprechenden Rückschluss auf die finanzielle Situation jedes einzelnen Haushalts zu. Auch die negative reale Rendite der vermögensärmeren Hälfte bedeutet nicht zwangsläufig, dass deren gesamtes Nettovermögen gesunken ist, denn die Renditebetrachtung

bezieht sich auf das Finanzportfolio und nicht auf sämtliche Vermögensbestandteile.

Deutlich wird jedoch, dass die Inflation und die Entwicklung der Kapitalmärkte bestehende Unterschiede in der Vermögensstruktur unmittelbar sichtbar machen. Wer bereits über größere Aktien- und Fondsbestände verfügt, kann an steigenden Bewertungen teilhaben. Wer seine Rücklagen vor allem in nominal sicheren Anlageformen hält, muss dagegen weiterhin damit rechnen, dass deren Erträge den Kaufkraftverlust nicht vollständig ausgleichen.

Dass Deutschlands Geldvermögen einen neuen Höchststand erreicht, ist deshalb zunächst eine Aussage über die Summe aller finanziellen Vermögenswerte. Über ihre Verteilung und darüber, wie viel Kaufkraft beim einzelnen Haushalt ankommt, erzählt diese Zahl eine ganz andere Geschichte.

Quelle: Deutsche Bundesbank, „Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung in Deutschland im zweiten Quartal 2026“, 20. Oktober 2026; ergänzend Veröffentlichung zum ersten Quartal 2026 vom 16. Juli 2026.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4952576/Geldvermoegen-waechst-auf-98-Billionen-Euro---aermere-Haelfte-verliert-real/>